

Christine Bauhardt/Angelika von Wahl
Gender and Politics

Politik und Geschlecht, Band 1

Christine Bauhardt
Angelika von Wahl (Hrsg.)

Gender and Politics

„Geschlecht“ in der
feministischen Politikwissenschaft

Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 1999

ISBN 978-3-8100-2240-0 ISBN 978-3-663-10133-8 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-663-10133-8

© 1999 Springer Fachmedien Wiesbaden
Ursprünglich erschienen bei Leske + Budrich, Opladen 1999

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Inhalt

<i>Christine Bauhardt/Angelika von Wahl:</i> Vorwort	7
1. Feministische Theorie: Rekonstruktionen	
<i>Barbara Holland-Cunz:</i> Naturverhältnisse in der Diskussion. Die Kontroverse um „sex and gender“ in der feministischen Theorie	15
<i>Renate Niekant:</i> Zur Krise der Kategorien „Frauen“ und „Geschlecht“. Judith Butler und der Abschied von feministischer Identitätspolitik	29
<i>Ulrike Hänsch:</i> Subjektive Dimensionen im feministischen Streit um Geschlecht und Dekonstruktion	47
2. Feministische Politik: Revisionen	
<i>Birgit Wartenpfehl:</i> Dekonstruktive Bestimmungen von Geschlecht – Identität – Differenz jenseits metaphysischer Gewißheiten. Herausforderungen für feministische Politik und Wissenschaft	65
<i>Heike Kahlert:</i> Differenz als Positivität. Zum Bündnis von Feminismus und Postmoderne	83
<i>Mary Armstrong:</i> The Lesbian as Political Subject: Gender, Sexual Identity, and Political Action	103
3. Empirisch-methodologische Beispiele: De-/Konstruktionen	
<i>Brigitte Kerchner:</i> Körperdiskurse und Moralpolitik. Die Konstruktion sexueller Devianz um die Jahrhundertwende	121

Helga Ostendorf:

Die Konstruktion des Weiblichen durch
politisch-administrative Institutionen 149

Cilja Harders:

Das Ende der Strukturkategorie Geschlecht?
Empirische Erfahrungen aus Ägypten 171

Ute Behning:

Zur Rekonstruktion von „Geschlecht“ durch
politikwissenschaftliche Analysen.
Erläuterungen am Beispiel von Sozialstaatspolitikforschung 199

Zu den Autorinnen und Herausgeberinnen 214

Vorwort

„Geschlecht“ ist keine Naturgegebenheit, sondern eine soziale Konstruktion. Der provokante Unterton dieser Feststellung hat inzwischen an Brisanz verloren. Die großen und heftig geführten Auseinandersetzungen um den „latenten Biologismus in der Frauenforschung“ sind abgeklungen, die Gemüter haben sich beruhigt, die Felder zwischen „Essentialistinnen“ und „De-/Konstruktivistinnen“ scheinen abgesteckt.

Die Konfrontation um das Für und Wider der materialen Basis herrschaftlicher Kontrolle über die Körper und Subjekte – denn dies ist der Kern der Auseinandersetzung – werden wir hier nicht neu entfachen. Diese Textsammlung will dazu beitragen, die Probleme mit der Kategorie Geschlecht etwas nüchterner zu betrachten, nachdem sich die emotionalen Stürme gelegt haben. Es soll geklärt werden, welche Konsequenzen feministische Politikwissenschaft aus der Erkenntnis zieht, daß „Geschlecht“ in einem Machtgeflecht von Inszenierungen und diskursiven Konstruktionen hergestellt wird, um Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren oder zu überwinden.

Als Politikwissenschaftlerinnen sind wir dazu in besonderer Weise aufgefordert, denn für uns ergeben sich mit der Einsicht in die soziale Konstruktion von Geschlecht demokratiethoretische und gesellschaftsanalytische Probleme, um nicht zu sagen, spannende Herausforderungen für die politische Praxis. Wenn wir die Erkenntnis mitvollziehen, daß nicht allein das soziale, sondern auch das biologische Geschlecht eine gesellschaftlich-kulturelle Konvention ist, die permanent hergestellt wird, ohne tatsächlich einfach nur *zu sein*, dann sollten wir aus feministisch-politikwissenschaftlicher Perspektive zumindest Antwortansätze zu folgenden Fragen geben können:

Welche erkenntnistheoretischen Weiterungen erlaubt der dekonstruktive Blick auf die Selbst-Verständlichkeit des weiblichen Subjekts?

Wer ist das Subjekt feministischer Politik, wenn die Kategorie „Frau“ sich als eine Fiktion erweist?

Wo und wie wird im politischen Handeln von AkteurInnen und Institutionen „die Frau“ (re-)konstruiert?

Die in diesem Band versammelten Autorinnen setzen sich auf je unterschiedliche Weise mit diesen Fragen auseinander. Die hier vertretenen Positionen sind ein spannendes Kaleidoskop undogmatischen feministisch-politologischen Denkens. Sie gehen noch und wieder neu das Wagnis der disziplinären Grenzüberschreitungen ein, indem sie sich aus historischer, philosophischer, soziologischer oder psychologischer Forschung theoretisch und/oder methodisch inspirieren lassen.

Die Beiträge sind entlang der genannten Fragenkomplexe in drei Kapitel gegliedert. Das erste Kapitel widmet sich theoretischen Reflexionen der Konstruktion und Dekonstruktion von Natur, Geschlecht und Identität im Anschluß an die deutschsprachige Butler-Kontroverse. Der Beitrag von *Barbara Holland-Cunz* eröffnet hier die Debatte um essentialistische und konstruktivistische Interpretationen von Natur und Körper und stellt damit die feministische sex-gender-Kontroverse in den Kontext natur- und wissenschaftstheoretischer Diskussionen. Ihr Text geht von der These aus, die unproduktive Polarisierung der konträren Positionen in der deutschsprachigen Debatte hielten einer genauen Lektüre der einschlägigen Publikationen nicht stand. Konstruktivistische Theoretikerinnen kommen danach nicht ohne essentialistische Einschlüsse aus, essentialistische Autorinnen integrieren konstruktivistische Perspektiven. Solche „Unreinheiten“ sind einem komplexen, differenzierten Bild der materialen, historisch gewordenen, gleichwohl eigenlogischen menschlichen Körperlichkeit naturtheoretisch angemessen. Holland-Cunz selbst skizziert aus der Perspektive eines „konstruktivistisch informierten Essentialismus“ einige zeitliche und räumliche Dimensionen sowie insbesondere körperliche Grenzerfahrungen als notwendige naturtheoretische Bestimmungsmomente.

Renate Niekant knüpft an Judith Butlers Repräsentationskritik an. Ihrem radikalen Konstruktivismus hält Niekant nach einem Durchgang durch die Positionen kritischer Gegenstimmen ihre Konzeption entgegen, Natur und Körperlichkeit durch eine historisierte und reflexive Kategorie „sex“ zu fassen. Dieses Vorgehen bietet Anknüpfungspunkte für Kritische feministische Gesellschaftstheorie, die weder auf die Symbolisierung der Sinnlichkeit des Wissens verzichten noch hegemoniale Diskurse der Essentialisierung und Naturalisierung von Identitäten fortschreiben will. Die besondere Stärke der poststrukturalistischen Repräsentationskritik liege, so Niekant, in ihrer Aufmerksamkeit für Ausschlußmechanismen emanzipatorischer Politiken mit ihren Konstruktionen kohärenter sozialer Identitäten. Werde dagegen Identität als Ort der politischen Neuverhandlung aufgefaßt, dann könne radikaldemokratische Bündnispolitik mit ihrer kritischen Reformulierung von Gleichheit und Differenzen neue Räume für die Artikulation marginalisierter Stimmen öffnen.

Ulrike Hänsch untersucht die Emotionalität, mit der die sex-gender-Debatte in Deutschland geführt wurde, im Licht subjektiver Erfahrungen innerhalb der westdeutschen Frauenbewegung. Diese Erfahrungen können, so Hänsch, idealtypisch als Befreiungs- oder Ausschlußerfahrungen gedeutet werden. Sie diskutiert die Konstruktion von subjektiver („ich als Frau“) wie kollektiver Identität („wir Frauen“) in der Frauenbewegung als zugleich politisch stärkend und repressiv. Politische Befreiung und Bestärkung verleiht das Konzept der Identität, indem Frauen jenseits patriarchaler Abwertungen neu definieren, „was eine Frau sein könnte, wie sie leben könnte, woran es mangelt

und welche Ansprüche zu stellen und Wünsche zu formulieren möglich ist“. Der repressive Kern der Identitätskonstruktion besteht in der Bestätigung einer naturgesetzten Zweigeschlechtlichkeit und ihrem Zwangs- und Ausschlußcharakter. Die dekonstruktive Perspektive birgt ein neues, anderes Befreiungsversprechen: die Befreiung vom Zwang, sich „ordentlich“ einordnen zu müssen. Hänsch bewertet die Leidenschaftlichkeit, mit der die Auseinandersetzung geführt wurde, als Anzeichen des gesellschaftlichen und diskursiven Machtzuwachses von Feministinnen.

Im zweiten Kapitel werden feministisch-politische Praxen einer Revision unterzogen. Die Beiträge dieses Kapitels diskutieren die Konsequenzen aus der postmodernen Debatte um Identität und Differenz für feministische Politiken im Anschluß an verschiedene Denktraditionen und mit unterschiedlichen Argumentationslinien. *Birgit Wartenpfehl* nimmt einen dezidiert dekonstruktivistischen Standpunkt ein, indem sie darauf insistiert, daß keine Identitätskategorie, weder die des Geschlechts noch die von Ethnizität, Klasse oder Sexualität, eine dem Handeln und Sprechen vorgängige Logik in sich berge. Identität stellt sich her durch Ausschluß und Abwertung, ist also selbst ein herrschaftlicher Prozeß; nicht die Anerkennung von Differenz, sondern ihre Erzeugung sei zu problematisieren. Differenz und Identität werden dann als gleichzeitig vorhandene Momente verstanden – dies komme dem Verlust politischer Gewißheiten gleich. Dekonstruktion bedeutet daher für sie, die Machtfrage zu stellen und durch Verschiebung von Grenzziehungen Macht neu zu verhandeln. Radikale Politik müsse sich davon distanzieren, sich auf Identitäten zu berufen oder anderen zuzuschreiben. Feministisch-dekonstruktivistische Politik von Bündnissen oder Koalitionen verlange entsprechend, so Wartenpfehls provokante Schlußfolgerung, „sich *nicht* zusammenschließen“, um die Falle identitätslogischer Ausschlüsse zu vermeiden.

Heike Kahlert geht in ihren Ausführungen zum Denken der Differenz davon aus, daß die Geschlechterdifferenz als nicht-hierarchische Differenz bislang noch gar nicht gedacht worden sei. Weibliche Subjektivität wird entsprechend aus der hierarchischen Opposition in einer binären Logik herausgelöst und in einer pluralen Logik der Vielfalt verortet, die Differenz als Positivität anerkennt. Die Kategorie „Frau“ entsteht dann auf der Basis der Differenz unter Frauen und nicht in der Opposition zur Kategorie „Mann“. Die Politik der Differenz als das Sprechen und Handeln der Verschiedenen verändert die symbolische Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit, ihre Schlüsselbegriffe sind Autorität und Freiheit: Autorität als auf Vertrauen gegründete Verbindlichkeit, Freiheit in Anerkennung des Gebundenseins und in realistischer Einschätzung des tatsächlichen Handlungsspielraums des Individuums. Feministische Politik braucht, so Kahlert, weder einen Identitätsbegriff noch ein humanistisches Subjekt, um „eine Realität herbeizuführen, die noch nicht ist, aber sein soll, nämlich das Ende des Patriarchats“.

Mary Armstrong greift die Diskussion um lesbische Identität auf und nimmt eine historische Kontextualisierung des ‚lesbischen Subjekts‘ und lesbischer Organisationen vor mit dem Ziel, die gegenwärtige Debatte um ‚Identitätspolitik‘ versus ‚Queer Theory‘ zu hinterfragen. Sie zeichnet die ‚Entdeckung‘ der Homosexualität durch eine sich im 19. Jahrhundert neu konstituierende Wissenschaft nach, die ‚Sexologie‘. Diese Forschungsrichtung war nicht nur einfach homophob, sondern schuf eine neue soziale Gruppe, die Urninge oder Homosexuellen. Gleichzeitig mit einer Pathologisierung konstruierten die Sexualwissenschaften daher auch eine stabile Identität ihrer Patienten, die dann sowohl gesellschaftliche Gleichberechtigung rechtfertigte als auch politische Mobilisierung ermöglichte. Mit diesem Zwischenergebnis bewaffnet hinterfragt Armstrong in einem zweiten Schritt moderne Konzeptionen sexueller Identität und politischer Mobilisierung. Sie vergleicht insbesondere die heftig geführte Diskussion der letzten Jahre um die Bedeutung der Auflösung der Kategorie ‚Geschlecht‘ mit der Auflösung sexueller Identitäten zwischen Anti-Essentialismus und Identitätspolitik. Die Ergebnisse dieses Abschnitts wendet Armstrong abschließend auf die Analyse der in den USA laufenden Debatte um gleichgeschlechtliche Heirat an.

Das dritte Kapitel präsentiert einige empirisch-methodologische Beispiele der neueren feministisch-politologischen Geschlechterforschung. Hier werden sowohl handlungs- als auch strukturtheoretisch argumentierende Ansätze vorgestellt. *Brigitte Kerchners* Aufsatz eröffnet diesen Abschnitt mit einer Darstellung und Diskussion sexueller Devianz und Gewalt um die Jahrhundertwende. Entgegen dem heute dominanten Diskurs, der minderjährige Prostituierte als ‚Opfer‘ ansieht, argumentierten männliche Zeitgenossen damals entgegengesetzt, daß diese Mädchen die eigentlichen ‚Täterinnen‘ seien. Die Freier wurden dagegen als ‚Verführte‘ oder höchstens als moralisch degenerierte Lebemänner verstanden. Auf der Basis historischer Texte analysiert Kerchner sexuelle Übergriffe an Mädchen, die damals in der Öffentlichkeit entweder als ein Problem der Moral oder als Themen innerhalb einer repressiven Ordnungspolitik diskutiert wurden. So konnte sich um 1900 eine „moralische Empörung Luft machen, ohne irgendwelche Konsequenzen für Männer ins Auge fassen zu müssen“. Als Ursache des Verhaltens der Mädchen wurden ererbte Anlagen, ein proletarisches Milieu oder materielle Gier angeführt. Diese Interpretation konnte der ‚heilen Welt‘ der bürgerlichen Familie entgegengestellt werden, die Tugendhaftigkeit, Sicherheit und Aufstieg versprach. Die historische Rekonstruktion erhellt nicht nur die Variabilität des Gewaltdiskurses, sondern deutet auch daraufhin, inwieweit die Frauenbewegung hier eine Bewußtseinsveränderung herbeigeführt hat.

Helga Ostendorf untersucht in einer Policy-Analyse die Konstruktion des Weiblichen durch politisch-administrative Institutionen am Beispiel von Arbeit. Bislang von der bundesdeutschen Frauenforschung weitgehend vernachlässigte Prozeß- und Strukturanalysen seien durch den lange dominierenden

Differenzansatz und das Konzept des spezifisch weiblichen Arbeitsvermögens zu erklären, der wenig zu politikwissenschaftlichen Fragen nach staatlichem und institutionellem Handeln beigetragen habe. Dem Differenzansatz setzt sie das Theorem der sozialen Konstruktion von Geschlecht entgegen, denn so könne das „doing gender“ im Staat selbst nachvollzogen werden. Mit Bezug auf die Korporatismusforschung des geschlechtsblinden politikwissenschaftlichen Mainstreams kommt Ostendorf zu dem Schluß: „Nicht allein der Diskurs formt demnach die Strukturen, sondern die Strukturen gestalten gleichfalls die Diskussionsprozesse und Inhalte.“ Die Analyse der Berufsberatung des Arbeitsamtes zeigt, wie politisch-administrative Institutionen im Prozeß des „gendering“ involviert sind. Ein wesentlicher Faktor für die geschlechtsspezifische Vermittlung der Berufsberatung scheint demnach die ‚Leitidee‘ einer essentiellen Geschlechterdifferenz zu sein“.

Cilja Harders führt am Beispiel ihrer Feldforschung in Ägypten aus, wie der emanzipatorische Anspruch feministischer Methodologie mit der Einsicht um die soziale Konstruktion von Geschlecht verknüpft werden kann. Entsprechend habe das methodische Instrumentarium die Strukturkategorie Geschlecht zu konkretisieren und müsse gleichermaßen Möglichkeiten zu Empathie und kritischer Distanz beinhalten. Die Feldforschung ist wie jede Begegnung mit dem Fremden ein Aushandlungsprozeß zwischen den Beteiligten, für die Forscherin ebenso wie für die Frauen und Männer im Feld. „Geschlecht“ wird in der Interaktion interpretiert und reformuliert, „Vorurteile und Stereotypen werden dabei ebenso sichtbar und im Idealfall diskutierbar wie die individuellen Perzeptionen und Praktiken der eigenen Geschlechtskonzeptionen.“ Die politische, ökonomische, soziale und kulturelle Kontextualisierung der Kategorie Geschlecht ermöglicht für Harders Empowerment und Kritik: Empowerment statt Festschreibung des Opferstatus der Frauen im Süden, Gesellschaftskritik und Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung der Frauen im Norden.

Ute Behning schlägt vor, die Rekonstruktion von Geschlechtskategorien am Beispiel der Forschung zur Sozialstaatspolitik zu verdeutlichen. Die Frauen- und Geschlechterforschung habe die Sozialstaatskritik begründet, die patriarchalen Strukturen des Sozialstaats sichtbar gemacht und das „gendering“ sozialstaatlicher Politik verdeutlicht. Gegenüber den nach Behning zumeist normativen geschlechtsspezifischen Untersuchungen von Sozialstaatspolitik fordert die Autorin das analytische Instrumentarium der Policy-Forschung ein. Politikprozeßanalysen zeigten, „welche AkteurInnen sich mit ihren Politikinhalten im Konsensbildungsprozeß durchsetzen konnten.“ Der wissenspolitologische Ansatz, dessen zentrale Begriffe Wissen, Geltung und Macht sind, könnte zu einem besseren Verständnis des Politikprozesses beitragen und Aufschluß darüber geben, so Behning, „warum und wie das Wissen aus der Frauen- und Geschlechterforschung auf den Wissensmärkten (nicht nur) der Sozialstaatspolitik intentional verdrängt wird.“

Mit diesem Buch legen wir den ersten Band der Schriftenreihe des Arbeitskreises „Politik und Geschlecht“ in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) vor. Wir dokumentieren damit eine Tagung des Arbeitskreises, die im Frühjahr 1997 mit finanzieller und organisatorischer Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stattfand. Beiden Kooperationspartnerinnen sei an dieser Stelle nochmals gedankt.

Dieser erste Band der neuen Schriftenreihe hat eine lange und schwierige Entstehungsgeschichte, die dank dem Engagement des aktuellen Sprecherinnenrates des Arbeitskreises „Politik und Geschlecht“ in der DVPW zu einem glücklichen Abschluß gelangt ist. Unser ausdrücklicher Dank gilt Herrn Edmund Budrich, der uns und der Arbeit des Arbeitskreises größtmögliches Vertrauen entgegenbrachte. Schließlich sei den Autorinnen für ihre Geduld während des Entstehungsprozesses gedankt.

Dortmund/Chapel Hill, im Dezember 1998
Christine Bauhardt/Angelika von Wahl